

# magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 12.2010

09.12.2010

## Schöneberger Forum 2010: **Streik ist nicht tabu**



<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)  
<sup>2)</sup> Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

**Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>  
bis zum 6-Fachen  
Ihrer Nettobezüge  
7,99 % p. a.<sup>2)</sup>**

## Exklusivangebote für alle Beamtinnen und Beamten im DGB

### 0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

### + Abruf-Dispokredit<sup>1)2)</sup>

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

|                                       |               |
|---------------------------------------|---------------|
| <b>Beispiel:</b> Nettodarlehensbetrag | 10.000,- Euro |
| Laufzeit                              | 12 Monate     |
| Sollzinssatz (veränderlich)           | 7,99 % p. a.  |
| Effektiver Jahreszins                 | 8,23 %        |

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

### + 0,- Euro Depot<sup>1)</sup>

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

### + DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

- Mindestens 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag bei Abschluss UniProfiRente
- Rabatt gilt auch für bestehende Verträge
- Zusätzlich 200,- Euro einmalige staatliche Zulage für junge Riester-Einsteiger (bis 25 Jahre)

### Jetzt informieren:

Bei Ihrem BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst,  
unter [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 180/40 60 105  
(0,20 Euro/Anruf Festnetzpreis; Mobilfunkhöchstpreis: 0,42 Euro/Minute)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Titel  |    |
| Schöneberger Forum 2010: Streik ist nicht tabu   | 4  |
| Rückblick  |    |
| Die nordrhein-westfälische GEW-Vorsitzende Dorothea Schäfer resümiert das Schöneberger Forum 2010          | 6  |
| Meldungen  |    |
| Bund: EVG vereint „Tradition und Aufbruch“   | 7  |
| Stiftung zeichnet umweltbewusste Verwaltungsbeschäftigte aus   | 7  |
| Aus den Ländern  |    |
| Hessen: Dienstrecht – Nach der Reform ist vor der Reform   | 9  |
| Berlin: DGB will durchlässigere Laufbahnen   | 10 |
| NRW: DGB entwirft neues Personalvertretungsgesetz  | 11 |
| Rheinland-Pfalz: Tariftreuegesetz mit Mindestlohn beschlossen  | 12 |
| Porträt  |    |
| Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Deutschen Rentenversicherung Bund im Porträt                        | 13 |
| Service  |    |
| Altersvorsorge spezial, Teil III   | 14 |
| Interview  |    |
| „Wir sagen, was wir für richtig halten“ – Der neue Bundesvorsitzende der GdP Bernhard Witthaut im Gespräch | 16 |
| Aus den Gewerkschaften   |    |
| Die GdP mit neuem Vorstand   | 17 |
| Vermischtes  |    |
| Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt  | 18 |

## Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas, Nils Kammradt, Silke Raab, Gabriela Schill, Matthias Schlenzka; Titelbild: DGB/Simone M. Neumann; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altluheim, Telefon: 0211 72134571, Fax: 0211 72134573, info-service@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

# Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser, zu den wohl spannendsten Diskussionen auf dem Schöneberger Forum 2010 zählte die Debatte über das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte. Es ist mehr als deutlich geworden, dass die harte Linie der Dienstherren in unserem Land rechtlich zunehmend zweifelhaft wird. DGB und Gewerkschaften haben die Weigerung, die Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten zu vereinbaren, nie akzeptiert. Unsere Auffassung wird durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eindrucksvoll bestätigt. Vielleicht wird sich schon bald erweisen, dass sich das Bohren dicker Bretter gelohnt hat.

Dass sich Personalratsarbeit lohnt, hat der in diesem Jahr erstmals verliehene Deutsche Personalrätepreis unter Beweis gestellt. Als Mitglied der Jury kann ich sagen: Wir hätten weitaus mehr Preise für gute Personalratsarbeit vergeben können. Die Preisträger in diesem Jahr haben wir ausgewählt, weil ihre Projekte besser zeigen als vieles andere, wie Personalvertretungen für die Beschäftigten arbeiten und wie kreativ sie erfolgreiche Initiativen auf den Weg bringen. Ohne Zweifel gilt: Ihre Arbeit ist unverzichtbar, damit im öffentlichen Dienst gute Arbeit geleistet werden kann.

Auch in den Gewerkschaften tut sich etwas. Auf dem Titelblatt finden Sie ein neues Logo: Seit 1. Dezember dieses Jahres gibt es die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, einen Zusammenschluss aus TRANSNET und GDBA. Wir begrüßen die neuen Mitglieder im DGB, von denen viele Beamtinnen und Beamte sind. Einen personellen Wechsel gibt es bei der GdP. Nachfolger des langjährigen Vorsitzenden Konrad Freiberg ist Bernhard Witthaut. Wir gratulieren herzlich!

Ihnen allen wünschen wir besinnliche Weihnachtsfeiertage und einen guten Start ins neue Jahr. ■

Ingrid Sehrbrock  
Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

# Titel



**Beamtinnen und Beamte sollen über ihre Arbeitsbedingungen verhandeln und sogar dafür streiken können. Gewerkschaften und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes forderten beim Schöneberger Forum des DGB in Berlin mehr Mitspracherechte. Das sei umso nötiger, da weitere Einsparungen angekündigt seien. Die Dienstherrn wollten sich nicht darauf einlassen und verwiesen in den Diskussionen unter dem Titel „mitbeteiligt, mitentschieden, mitbestimmt – für gute Arbeit im öffentlichen Dienst“ auf die Beteiligungsmöglichkeiten der Personalräte. Innovative Beispiele für die Arbeit der Personalvertretung wurden bei der Tagung im Schöneberger Rathaus erstmals ausgezeichnet.**

Das 13. Schöneberger Forum des DGB in Berlin ist zugleich eine Premiere gewesen. Bei der Tagung zum öffentlichen Dienst sind im Schöneberger Rathaus erstmals Preise für innovative Personalratsarbeit verliehen worden. Zwölf Projekte waren für den Deutschen Personalräte-Preis nominiert, den die Zeitschrift „Der Personalrat“ in Zu-



Strahlende Gewinner: Dorothea Schäfer, Irene Pasternak und Cetin Mogultay vom Hauptpersonalrat Gesamtschulen beim Schulministerium NRW mit dem Deutschen Personalräte-Preis in Gold.  
Foto: DGB/Simone M. Neumann

Innern und für Sport Rheinland-Pfalz für ein „Behördliches Gesundheitsmanagement in der Polizei“.

Mit Sonderpreisen des Versicherers HUK-Coburg und der DGB-Jugend geehrt wurden die Gesamtpersonalräte beim Magistrat der Stadt Bremerhaven und der Bundesnetzagentur. Die Bremerhavener konnten

## Streik ist nicht tabu

### Schöneberger Forum 2010 – Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verlangen mehr Durchsetzungskraft

sammenarbeit mit dem DGB ausgelobt hatte. Erster Preisträger ist der Hauptpersonalrat Gesamtschulen beim Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Gremium hatte

Für den Deutschen Personalräte-Preis haben sich 59 Personalvertretungen beworben. Die zehnköpfige Jury bewertete u. a. Innovationskraft, Umsetzung und die Auswirkungen der Projekte. Das Preisgericht bildeten die DGB-Vizevorsitzende Ingrid Sehrbrock, Vorstände von GEW, GdP und ver.di, Personalräte, Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie der Zeitschrift „Der Personalrat“.

sich dafür eingesetzt, dass die berufliche Erfahrung neu eingestellter Lehrkräfte bei ihrer Einstufung nach dem Tarifvertrag der Länder angemessen berücksichtigt wird. Dies ist nun verbindlich geregelt.

#### 47 Arbeitsplätze geschaffen

Den zweiten Preis erhielt die Mitarbeitervertretung der Berliner Stadtreinigung. Sie initiierte zwei Beschäftigungsprojekte für gesundheitlich Beeinträchtigte und schuf damit 47 Arbeitsplätze. Mit Bronze ausgezeichnet wurde der Hauptpersonalrat Polizei im Ministerium des

erfolgreich Vorbehalte gegenüber schwangeren Mitarbeiterinnen abbauen und deren Situation verbessern. Die Arbeitsbedingungen schwangerer Frauen wurden beurteilt, sie erhielten vielfältige Informationen, u. a. zum Mutterschutz. Der Personalrat der Bundesnetzagentur ließ die Auszubildenden eigenverantwortlich die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung vorbereiten. Mit dem Projekt „Wahlen als Grundelement der Demokratie“ wollte er bei jungen Menschen ein demokratisches Grundverständnis schaffen.

Demokratische Prozesse und stärkere Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten spielten auch eine Rolle in den weiteren Debatten der rund 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Schöneberger Forums. Sie diskutierten am 9. und 10. November unter dem Titel „mitbeteiligt, mitentschieden, mitbestimmt – für gute Arbeit im öffentlichen Dienst“. Der DGB hält eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten für umso dringlicher, da sich ihre Arbeitsbedingungen drastisch veränderten. Bis 2014 werde der Bund weitere 10.000 Stellen abbauen, kündigte Innenstaatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe im Auftaktgespräch an. Die größte Veränderung treffe den öffentlichen Dienst bis 2030. Dann ginge mehr als die Hälfte der Beschäftigten in den Ruhestand. Die Dienstherrn bereiteten sich darauf vor, indem sie bürokrati-

# Titel

→ tische Verfahren vereinfachten und Arbeitsabläufe durch den Einsatz von Informationstechnologie verkürzten. Mit Gesundheitsmanagement und Arbeitszeitmodellen für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand wolle der Bund die Menschen auch in zunehmendem Alter leistungsfähig erhalten. Auf die skeptische Frage, wer dies alles angesichts des Personalrückgangs umsetzen solle, antwortete Rogall-Grothe: „Es bleiben noch welche übrig.“

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock zeigte sich unzufrieden mit der Vorbereitung auf den demografischen Wandel, der durch eine zunehmende Zahl älterer Menschen und abnehmende Geburtenraten gekennzeichnet sei. Sie vermisste einen systematischen Ansatz mit Erhebungen darüber, wie sich der öffentliche Dienst entwickeln werde und welche Qualifikationen künftig gefragt seien. Der DGB setzt auf das Konzept „Gute Arbeit“, das die Beschäftigten in die Gestaltung ihrer Arbeitswelt einbezieht.

## Bund bereitet „Demografiestrategie“ vor

Rogall-Grothe kündigte für das kommende Jahr eine Bestandsaufnahme an. Daraus solle eine „Demografiestrategie“ entwickelt werden.

Sehrbrock forderte die Staatssekretärin auf, den DGB-Index für „Gute Arbeit“ zu nutzen. Wie schon in der Privatwirtschaft sollten auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Arbeitsbedingungen selbst bewerten können. Rogall-Grothe hielt das für überlegenswert.

Unter den Betroffenen wächst unterdessen der Wunsch, bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können. Handlungsanleitungen zum Streik wurden gefordert und mehr Mut, zum Arbeitskampf aufzurufen. „Jedes Jahr gibt es weitere Einschnitte, gegen die wir uns nicht wehren können“, meldete sich ein Beamter zu Wort. „Daher brauchen wir ein Streikrecht.“ Ohne diese Möglichkeit muteten Gespräche mit den Dienstherren an wie „kollektive Bettelei“, erklärte Ilse Schaad vom GEW-Hauptvorstand. „Wenn Streiks verboten sind, kann man keine glaubwürdigen Tarifverhandlungen machen“, pflichtete Kari Tapiola von der Internationalen Arbeitsorganisation bei. Schaad zufolge sei Streiken den deutschen Beamtinnen und Beamten nicht verboten – entgegen der herrschenden

Meinung der Juristen, die auf das Grundgesetz verwiesen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte habe in zwei Urteilen gegen die Türkei festgestellt, dass das Recht auf Kollektivverhandlungen und das Streikrecht als Menschenrecht geschützt sei.

## Einheitliches Recht für alle

Die Politik lehnt ein Streikrecht für Beamtinnen und Beamte ab. Der rheinland-pfälzische Innenminister Karl-Peter Bruch (SPD) verwies ebenso wie Staatssekretärin Rogall-Grothe auf die Beteiligungsrechte der Gewerkschaften und Personalräte. Rheinland-Pfalz habe eines der modernsten Mitbestimmungsrechte im öffentlichen Dienst, hob Bruch hervor. Ingrid Sehrbrock beharrte jedoch: „Es geht uns um Verhandlungsrechte“. Beamtinnen und Beamten sei es verwehrt, in einem demokratischen Prozess über ihre Arbeitsbedingungen mitzubestimmen. Rogall-Grothe entgegnete: „Solange wir ein Berufsbeamtentum haben, ist für echte Verhandlungen kein Raum.“ Sie widersprach jedoch dem Eindruck von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, dass die Beteiligungsgespräche keinen Einfluss auf die Gesetzgebung hätten. ■



Gespannte Aufmerksamkeit im Saal der Bezirksverordnetenversammlung. Foto: DGB/Simone M. Neumann



Die nordrhein-westfälische GEW-Vorsitzende Dorothea Schäfer resümiert das Schöneberger Forum 2010

## Gute Impulse für die Personalratsarbeit

Am 9. und 10. November 2010 habe ich mit mehr als 500 anderen Personalräten und Gewerkschaftsmitgliedern am Schöneberger Forum in Berlin teilgenommen. Das diesjährige Motto „mitbeteiligt – mitentschieden – mitbestimmt: Für gute Arbeit im öffentlichen Dienst“, für das sich der DGB im Vorfeld entschieden hatte, versprach wichtige Diskussionen und Anregungen für den Einsatz der Personalräte für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die – erneute – Absage des Bundesminister des Innern hat die Anwesenden enttäuscht. Insgesamt geriet das Eröffnungsplenum mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock und der Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Cornelia Rogall-Grothe zu zahm. Es wäre gut, wenn für das Schöneberger Forum 2011 ein spannender Auftakt gelingen könnte.

Ein Höhepunkt in diesem Jahr war die erstmalige Verleihung des Deutschen Personalräte-Preises 2010. Die Preisverleihung wurde von der Zeitschrift „Der Personalrat“ und dem DGB in Kooperation mit der HUK Coburg ausgerichtet. Die Projekte, die nominiert worden sind und vorgestellt wurden, zeigen das vielfältige Engagement der Personalräte. Obwohl in vielen Ländern die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren beschnitten worden sind, ist die Kreativität und der Einsatz der Personal-



vertretungen groß. Erfreulich, dass es kurzfristig noch einen Sonderpreis der DGB-Jugend gab für ein Projekt im Zusammenhang mit den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung. So wurden insgesamt fünf Projekte ausgezeichnet. In den Foren konnten die Preisträger ihre Projekte aus-

führlicher vorstellen und den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gute Impulse für deren Arbeit mit auf den Weg geben. Es ist zu wünschen, dass die Personalräte, die sich in diesem Jahr nicht beteiligt haben, motiviert worden sind, beim nächsten Mal ihre Projekte einzureichen. Der nächste Deutsche Personalräte-Preis wird 2012 verliehen. Die verschiedenen Fachforen waren gute Diskussionsrunden mit einem weit gespannten Bogen von der Mitbestimmung in privatisierten Unternehmen über die Diskussion um ein Streikrecht für Beamtinnen und Beamte bis zur Kooperation von Gleichstellungsbeauftragten und Personalvertretungen.

Berlin ist immer eine Reise wert – das kann ich auch vom Schöneberger Forum sagen. ■

### Das RentenPlus



#### Die Riester-Rente für Gewerkschaftsmitglieder zum günstigen Sondertarif

**Das RentenPlus** ist eine Riester-Rente zum günstigen Sondertarif, exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder ohne betriebliche Altersvorsorge und deren Angehörige. Das RentenPlus bietet zwei Vorsorgevarianten:

- Rentenversicherung**  
Mit der Rentenversicherung setzen Sie auf die solideste Form der Finanzierung Ihrer privaten Altersvorsorge. Das Kapital wird in eine sicherheitsorientierte Anlage mit einer Garantieverzinsung von 2,25% investiert.
- Fondssparplan**  
Mit dem Fondsprodukt setzen Sie auf eine hervorragende Zukunftsvorsorge mit starken Referenzen: Die UniProfiRente wurde von den unabhängigen Experten von Finanztest erneut empfohlen: „Geht es Ihnen vor allem um die hohen Renditechancen, empfehlen wir die UniProfiRente.“ (Finanztest 11/2009)

**Jetzt persönliches Angebot anfordern**  
Bitte per Fax an 0180 500659081 oder im Internet unter [www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)

# Meldungen

Bund

## EVG vereint „Tradition und Aufbruch“



TRANSNET und GDBA – das war einmal. Die beiden Organisations-

nen sind zur EVG verschmolzen, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. Auf dem Gründungskongress in Fulda nannte DGB-Chef Michael Sommer die Bildung der EVG einen „historisch wichtigen Schritt für die deutsche Gewerkschaftsbewegung“. Zuvor hatten sich 96 Prozent der TRANSNET-Delegierten und 91 Prozent der GDBA-Vertreter auf ihren jeweiligen Gewerkschaftstagen für die Fusion ausgesprochen.

Alexander Kirchner, bisher TRANSNET-, nun EVG-Vorsitzender, betonte, dass die EVG „die

Hommel erklärte zur Bildung der EVG: „Damit schaffen wir Vertrauen und machen Mut für gewerkschaftliche Arbeit für tausende Kolleginnen und Kollegen im Verkehrsbereich.“ Der Verschmelzungsprozess sei auch mit anderen Gewerkschaften ausführlich diskutiert und transparent gestaltet worden.

Mit dem Gründungskongress in Fulda am 1. Dezember hat die EVG ihre Arbeit aufgenommen. Der Name soll symbolisieren, dass Tradition und Aufbruch miteinander verbunden werden. In seiner Eröffnungsrede nannte Kirchner die neue Gewerkschaft ein „Gegenmodell zu Berufsegoismus“. Die EVG werde sich unter seinem Vorsitz durch solidarisches Handeln auszeichnen. Er unterstrich den politischen Anspruch der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. „Es geht uns um eine nachhaltige Verkehrswende“. Ziel sei ein Masterplan für den gesamten

Verkehr in Deutschland. Damit der Verkehr im Jahr 2050 CO<sub>2</sub>-frei sein kann, stellte er ein politisches Diskussionspapier vor. Nach intensiver Diskussion soll beim Ordentlichen Gewerkschaftstag der EVG 2012 ein umfassendes Grundsatzprogramm verabschiedet werden.

Mit viel Beifall nahmen die rund 800 Delegierten auch die Aussage von DGB-Chef Sommer für einen Branchentarifvertrag SPNV auf. „Ihr

## Stiftung zeichnet umweltbewusste Verwaltungsbeschäftigte aus

Sparsamkeit hat sich für Beschäftigte der Stadtverwaltung Hannover ausgezahlt. Der Fachbereich Gebäudemanagement erhielt den mit 10.000 Euro dotierten Umweltpreis der Stiftung Arbeit und Umwelt der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Verliehen wurde die Auszeichnung am 4. November zum 20-jährigen Bestehen der Stiftung, die ihren Sitz in Hannover hat. Sie würdigte die Anstrengungen von Beschäftigten, die Strom, Wärme und Wasser sparten. Auf ihre Initiative hin sank der Wärmeverbrauch im „Werkhof Hermann-Löns-Park“ in den Jahren 2007 bis 2009 um mehr als 40 Prozent. Zusammengenommen mit Einsparungen bei Wasser und Strom reduzierten die 39 Beschäftigten des Werkhofs die Energiekosten um 15.000 Euro. Der Ausstoß des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid verminderte sich dadurch um 30,5 Tonnen, wie die Stiftung errechnete. Sowohl das Konzept als auch das Ergebnis des Projekts „Tatort Werkhof – Energie- und Wassersparen durch umweltbewusstes Verbraucherverhalten“ hatten die Jury überzeugt. Sie wählte die Preisträger unter 70 Bewerbungen aus. Die Plätze zwei und drei belegten Industrieunternehmen.

Die Energiesparmaßnahmen im Werkhof sind Teil des Projekts „Tatort Büro“, in das städtische Verwaltungen, Museen, Bibliotheken, Freizeitheime und die Feuerwehr eingebunden sind. In Ökoteams erkunden die Beschäftigten mit Fachleuten, wo in städtischen Gebäuden und an Arbeitsplätzen Energie eingespart werden könnte. Sie unterbreiten Vorschläge dazu und informieren Kolleginnen und Kollegen über Verbesserungsmöglichkeiten. Teammitglieder klären sie beispielsweise darüber auf, dass sie nur so viel Wasser im Wasserkocher erwärmen sollten wie sie unbedingt benötigen. Glühbirnen in Schreibtischlampen wurden durch Energiesparleuchten ersetzt, die Heizungstemperatur nachts abgesenkt und auf die Zeiten des Bedarfs eingestellt.



„Mit diesem historischen Schritt werden die Einheitsgewerkschaft und die Solidarität gestärkt.“ DGB Vorsitzender Michael Sommer (Mitte) mit dem EVG-Vorsitzenden Alexander Kirchner (l.) und dem stellvertretenden Vorsitzenden der EVG Klaus-Dieter Hommel (r.)  
Foto: Rainer Klostermeier

Heimat aller Beschäftigten“ sein müsse. Einheitsgewerkschaften seien kein Auslaufmodell, ihnen gehöre vielmehr die Zukunft. Die Satzung selbst sei das Ergebnis einer breiten und ausführlichen Diskussion. In über 200 Betrieben sei darüber gesprochen worden, viele Änderungen seien in das Gesamtpaket eingeflossen. Der GDBA-Vorsitzende Klaus Dieter

können euch der Unterstützung des DGB und aller Mitgliedsgewerkschaften sicher sein. Der Branchentarifvertrag ist ein historisch wichtiger Schritt.“

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG hat bereits eine eigene Website. [transnet.org](http://transnet.org) und [gdba.de](http://gdba.de) werden umgeleitet auf [evg-online.org](http://evg-online.org). ■

# Meldungen

Die Belegschaft profitiert, wenn sie zum Umweltschutz beiträgt. 30 Prozent der jährlichen Einsparungen fließen als Prämie an die Beschäftigten, um damit ihr Arbeitsumfeld zu verbessern. Das Preisgeld der Umweltstiftung soll für eine Solaranlage auf dem Werkhof ausgegeben werden. ■

## Die Stiftung

Die Stiftung „Arbeit und Umwelt“ der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie war bei ihrer Gründung 1990 die erste gewerkschaftliche Umweltstiftung in Europa. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, humane Arbeits-, Umwelt- und Lebensbedingungen in einer hochentwickelten Industriegesellschaft zu fördern. Eine Balance zwischen wirtschaft-



Die Geehrten aus Hannover mit dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Egbert Biermann (3. v. r.) und Geschäftsführer Christian Sprute (l.).  
Foto: Stiftung Arbeit und Umwelt

licher, sozialer und ökologischer Entwicklung soll hergestellt werden. Zum Schutz der Umwelt bindet die Stiftung sowohl die Beschäftigten in den Betrieben als auch die Gesellschaft ein. Umweltschutz soll arbeitnehmerfreundlich sein und Beschäftigung fördern. Mit eigenen Projekten, Projektförderung, Studien und Beratung versucht die Stiftung, ihre Ziele zu verwirklichen. Außerdem lobt sie regelmäßig einen mit 25.000 Euro dotierten Umweltpreis aus. Die Einrichtung finanziert sich eigenen Anga-

ben zufolge hauptsächlich durch Zinserträge aus dem Stiftungsvermögen, Spenden sowie Beiträgen des Fördererkreises. Hier sind umweltpolitisch interessierte Menschen und Institutionen Mitglied. Das Stiftungskapital stammt aus der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, anlässlich deren 100-jährigen Bestehens die Stiftung entstand. Vorstandsvorsitzender ist Egbert Biermann, früherer Bundesbeamtensekretär des DGB. Den Gremien gehören Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Industrie sowie Betriebsräte an. ■

– Anzeige –



## Unser Angebot – Ihr Vorteil

Das Informationsangebot des DBW

### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie mehr als 800 PDFs auf allen Websites des DBW öffnen, lesen und ausdrucken können. Im Angebot des OnlineService finden Sie auch einige Ratgeber als OnlineBuch, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht für Beamte und Tarifbeschäftigte“ und „FrauenSache im öffentlichen Dienst“.



Das alles für nur 10,00 Euro (inkl. MwSt.) bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Anmelden können Sie sich für den OnlineService unter [www.dbw-online.de/onlineservice](http://www.dbw-online.de/onlineservice).

## Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
per Telefon: 0211 7300335  
per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
Ratiborweg 1  
40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

Ich zahle / Wir zahlen per Ermächtigung zur Lastschrift:

JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift



# Aus den Ländern



**Das hessische Dienstrechtsmodernisierungsgesetz ist beschlossen und im Gesetzblatt bekannt gemacht. Die Regierung kündigt bereits die nächsten Reformschritte an. Für DGB und Gewerkschaften ist die Diskussion über die jüngste Reform dagegen keineswegs abgeschlossen. Sie kämpfen weiter gegen die Pension mit 67.**

Kaum ist die Tinte unter dem „Ersten Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen“ trocken, wird der nächste Reformschritt angekündigt. Die hessische Landesregierung setzt ihre Vorstellungen von der Reform des öffentlichen Dienstrechts in Teilschritten um. Wurden zum 1. April 2009 nur die Anpassungen vorgenommen, die aufgrund des Beamtenstatusgesetzes zwingend notwendig wurden, hatte man sich mit der jüngsten Reform den „besonders eilbedürftigen“ Vorschlägen der Mediatorengruppe vom Dezember 2009 gewidmet. Dahinter verbarg sich vor allem eines: Die Anhebung der Regelaltersgrenze auf das 67., der besonderen Altersgrenze für die Vollzugsdienste auf das 62. Lebensjahr. Gleichzeitig steigen die Versorgungsabschläge, während das Niveau der Arbeitszeit mit 42 Stunden in der Woche hoch bleibt. Aus Sicht des DGB erfüllt die Landesregierung deshalb keineswegs das, was sie selbst angestrebt hat. Ex-Ministerpräsident Koch (CDU) hatte seinerzeit verkündet, es gelte den hessischen Beamtinnen und Beamten ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen und sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig hochqualifizierte Dienstleistungen des Staates erhielten.

## Scharfe Kritik des DGB

Stefan Körzell, hessischer DGB-Vorsitzender, hielt deshalb mit Kritik auch nicht zurück: „Die Erhöhung des Regelalters für den Pensionseintritt ist falsch. Statt mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen soll wieder mal auf Kosten der Beamtinnen und Beamten der Staatshaushalt saniert werden.“ Dies stehe sogar in der Begründung zum Gesetzentwurf und sei an Zynismus kaum zu überbieten. Als Erfolg verbuchen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, dass es ihnen gelungen sei, die Heraufsetzung der Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte zu verhindern. Als weiteren kleinen Erfolg betrachtet der DGB Änderungen beim Zeitpunkt für die Versetzung in den Ruhestand von Lehrerinnen und Lehrern. Ebenfalls auf das Konto des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften gehe eine weitere Änderung. Danach können Beamtinnen und Beamte im Bereich von Polizei, Justizvollzug und Feuerwehr, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, nach zehn Jahren Schicht- und Wechselschichtdienst vorzeitig ohne Abschläge in



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Pension gehen – und nicht erst nach 20 Jahren. Diese kleinen Erfolge machen umso deutlicher: Mit der Altersgrenzenanhebung werden Probleme geschaffen, nicht gelöst.

## Nach der Reform ist vor der Reform

### Das „modernisierte“ Dienstrecht in Hessen

#### Anforderungen verfehlt

Insgesamt verfehlt das Modernisierungsgesetz die Anforderungen von DGB und Gewerkschaften. Von Modernisierung keine Spur hatten sie bereits im August kritisiert und ernsthafte Verhandlungen über Reformen eingefordert. Ihre grundsätzlichen Positionen hatten sie bereits 2009 zusammengefasst: Diskriminierungsfrei, europatauglich und zukunftsorientiert solle das hessische Dienstrecht gestaltet werden. Eine Auseinanderentwicklung zwischen den Ländern und den Statusgruppen müsse verhindert werden. Kern und Voraussetzung einer solchen Fortentwicklung sei es, die Verhandlungs- und Vereinbarungsautonomie auch für Beamtinnen und Beamte durchzusetzen.

#### Die Reform nach der Reform

Die Landesregierung scheint sich dessen bewusst zu sein und kündigte gleich das „Zweite Dienstrechtsmodernisierungsgesetz“ an. Der Referentenentwurf werde weitere Empfehlungen des Mediatorenberichts zu einer umfassenden Änderung dienstrechtlicher Vorschriften aufgreifen und beinhalte schwerpunktartig die Neufassung des Hessischen Beamtengesetzes und die Schaffung eines Hessischen Besoldungsgesetzes sowie eines Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes. Die Ressortanhörung solle zeitnah eingeleitet werden. ■

# Aus den Ländern

Baden-Württemberg

## DGB gegen längere Arbeitszeit für junge Beamte

Der DGB Baden-Württemberg lehnt die Pläne der Landesregierung ab, Beamtinnen und Beamte vorübergehend länger arbeiten zu lassen. Landeschef Nikolaus Landgraf bezeichnete das von Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) erwähnte „Vorgriffsstundenmodell“ als kontraproduktiv. Zur Sanierung des Haushalts sollen junge Beamtinnen und



Foto: istockphoto.com/gunnar3000

Beamte mehr als 41 Stunden pro Woche arbeiten. Die Einsatzbelastung und Arbeitsverdichtung lasse schon aus gesundheitlichen Gründen keine höhere Arbeitszeit zu, sagte Landgraf. Das Vorgriffsstundenmodell konterkariere das Programm der Landesregierung zur Gesundheitsprävention. Vermeintliche Einsparungen müssten später zwangsläufig investiert werden, um die Beamtinnen und Beamten gesund zu halten. Auch familienpolitisch sei das Modell kontraproduktiv. Schon bei einer Tätigkeit von 41 Wochenstunden seien Familie und Beruf schwer zu vereinbaren. Es zeuge von wenig Weitblick, dass ausgerechnet Menschen in der Familiengründungsphase länger arbeiten sollen. Landgraf befürchtet, dass das Modell zu Stellenstreichungen führen werde, da Mappus Geld sparen wolle. Mit dem alten Vorgriffsstundenmodell aus den 1990er Jahren habe der Vorschlag nichts zu tun. Die Initiative, die auf die GEW zurückging, habe mit dazu gedient, rund tausend Lehrkräfte einzustellen. ■

Bayern

## Leistung wird nicht honoriert

Bayern will die Leistungsbesoldung aussetzen, noch bevor diese mit der Dienstrechtsreform eingeführt ist. Das zentrale Element der Reform, die am 1. Januar 2011 in Kraft tritt, soll vorerst nicht umgesetzt werden. Die Sparpläne der Landesregierung sehen außerdem eine Nullrunde bei den Einkommen der Beamtinnen und Beamten vor und eine Absenkung der Eingangsbesoldung um eine Besoldungsgruppe. Tagegeld und die Entschädigung für Wegstrecken sollen gekürzt werden. Der DGB sieht seine Befürchtung bestätigt: Leistungshonorierung hänge vor allem von der Haushaltslage und weniger von der Leistung ab. Die angekündigte Nullrunde sei inakzeptabel. Sie diskreditiere nicht nur die gute Leistung der Beamtinnen und Beamten, sondern erhöhe enorm den Druck auf die anstehenden Tarifverhandlungen. Hinzu komme, dass die Sperre für die Wiederbesetzung von Stellen von drei auf zwölf Monate verlängert und es keine Beförderungen geben werde. ■

Berlin

## DGB will durchlässigere Laufbahnen

Die Vorschläge zur Reform des Laufbahnrechts der Berliner Beamtinnen und Beamten gehen dem DGB nicht weit genug. In seiner Stellungnahme zum Entwurf für ein „Zweites Dienstrechtsänderungsgesetz“ kritisiert er, das System aus zwei Laufbahnen sei zu wenig durchlässig. Die Hürden zwischen einfachem und mittlerem sowie gehobenem und höherem Dienst blieben bestehen – „Aus den Hürden beim Aufstieg werden Sonderregelungen zur Beförderung“. Der DGB ist nicht einverstanden damit, dass beim Wechsel zwischen Laufbahnzweigen keine Einführung, Qualifizierung oder weitere Ausbildung vorgesehen ist. Er tritt für einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung ein und will Vorgesetzte verpflichten, regelmäßig mit ihren Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern Bildungspläne zu verabreden. Der DGB vermisst im Entwurf einen Perspektivwechsel: weg von beamtenrechtlichen Grundsätzen wie Lebenszeit- und Laufbahnprinzip hin zu einer Personalentwicklung, die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Beschäftigten in den Mittelpunkt rückt. Mit dem Entwurf soll das Dienstrecht weiter modernisiert werden. ■

Bremen

## GEW: Beschluss zum Weihnachtsgeld aufheben

Neueinstellungen und ein Personalkonzept, das mittelfristig den Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern absichert, fordert die GEW Brandenburg. Auf der Landesvertreterversammlung in Potsdam verlangten die Delegierten in einer Erklärung, die Landesregierung solle in dieser Legislaturperiode mindestens 2.500 Lehrkräfte einstellen. Für Weiterbildung sollten Zeit und Geld bereitgestellt und die Arbeitsbelastung der Pädagoginnen und Pädagogen „deutlich gesenkt werden“. Mit der GEW solle in einem „Bildungsgesamtplan“ auch ein Personalentwicklungskonzept vereinbart werden. Die GEW fordert, dass die Landesregierung die Streichung des Weihnachtsgelds der Beamtinnen und Beamten zurücknimmt. Mit diesen Beschlüssen sei das Land gegenüber anderen Bundesländern auf Dauer nicht mehr konkurrenzfähig, warnte Günther Fuchs. Er wurde als Landesvorsitzender bestätigt. ■

Brandenburg

## DGB will vorgezogenen Ruhestand für Lehrer

Bremen will erst über eine Anhebung des Pensionseintrittsalters entscheiden, wenn die Bedingungen für die Einführung der Rente mit 67 Jahren überprüft worden sind. Das hat Finanzstaatsrat Henning Lühr im Gespräch mit der Landesbeamtenkommission des DGB mitge-

teilt. Die schwarz-rote Bundesregierung hatte seinerzeit beschlossen, dass vor der Erhöhung des Rentenalters die Beschäftigungsbedingungen für Ältere ausgelotet werden sollen. Die DGB-Kommission machte deutlich, dass sie ein höheres Renten- und Pensionsalter grundsätzlich ablehne. Psychisch und physisch besonders belastete Menschen, etwa Lehrkräfte, sollten mit 60 Jahren ausscheiden können, wie bisher schon Beamtinnen und Beamte der Polizei und Feuerwehr. Die Besoldung solle sich an der Regelung des Bundes orientieren, der nicht mehr das Alter, sondern die Erfahrung zugrunde liegt. ■

#### Hamburg

### Tausende fordern: Hände weg vom Weihnachtsgeld

Gegen die geplante Streichung des Weihnachtsgeldes haben in Hamburg rund 7.000 Beamtinnen und Beamte demonstriert. Unter dem Motto „Hände weg vom Weihnachtsgeld“ zogen sie am 25. November durch die Innenstadt. Gewerkschaftsangaben zufolge würden die Einschnitte der schwarz-grünen Koalition Beamtinnen und Beamte durchschnittlich fünf Prozent ihres Einkommens kosten. Nach dem Bruch der Koalition und



Foto: Stefan Gierlich

angekündigten Neuwahlen forderte Klaus Bullan, Vorsitzender der Hamburger GEW, von den Spitzenkandidaten der Parteien ein Bekenntnis dazu, die Gehälter nicht zu kürzen. ■

#### Hessen

### Körzell: Pension mit 67 Jahren ist krasse Fehlentscheidung

Hessens Beamtinnen und Beamte gehen künftig erst mit 67 statt mit 65 Jahren in Ruhestand. Der DGB und ver.di kritisieren diesen Beschluss des Landtags als „krasse Fehlentscheidung“. Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell monierte: „Statt mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, soll wieder mal auf Kosten der Beamtinnen und Beamten der Staatshaushalt saniert werden.“ Dies finde sich sogar in der Begründung zum Entwurf für das Dienstrechtsneuordnungsgesetz und sei „an Zynismus kaum zu überbieten“. Als Erfolg verbuchen die Gewerkschaften, dass sie verhindern konnten, dass die Altersgrenze auch für Schwerbehinderte heraufgesetzt wurde. Beschäftigte bei der Polizei, Feuerwehr und im Justizvollzug können im Alter von 60 Jahren nach zehn Jahren Schicht- und Wechselschichtdienst ohne Abzüge ausscheiden und nicht erst nach 20 Jahren (s. auch S. 9). ■

#### Mecklenburg-Vorpommern

### GdP: Keine schnellere Karriere als anderswo

Die GdP widerspricht der Darstellung, in Mecklenburg-Vorpommern seien die Karrierechancen für Polizistinnen und Polizisten besser als in anderen nördlichen Bundesländern. „Diese Behauptung geht meilenweit an der Realität vorbei“, stellte der Landesvorsitzende Michael Silkeit klar. Hunderte Kolleginnen und Kollegen konkurrierten um „die wenigen Beförderungsmöglichkeiten“ nach A 9. Versetzungen in den Ruhestand aus der mittleren Besoldungsgruppe A 8 „sind ebenfalls keine

Seltenheit“. Die Ostseezeitung hatte berichtet, Beamtinnen und Beamte aus Schleswig-Holstein und Hamburg versuchten, sich versetzen zu lassen, weil sie in Mecklenburg-Vorpommern schneller befördert würden. ■

#### Niedersachsen

### Appell für ausreichende Einnahmen der Kommunen

Gewerkschaften und Kommunalpolitik treten gemeinsam für eine bessere Finanzausstattung der niedersächsischen Kommunen ein. Sie fordern einen Rettungsschirm, um die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Städten, Gemeinden und Landkreisen wiederherzustellen und auszubauen. Die Landesregierung solle sich energisch für „ausreichende und planbare“ Einnahmen der Kommunen einsetzen. Ihnen hätten bereits vergangenes Jahr 860 Millionen Euro gefehlt. „Es darf keine neuen Gesetze geben, mit denen Kommunen teure Aufgaben ohne Gegenfinanzierung übertragen werden“, heißt es in dem Aufruf. „Nur gesunde Kommunalhaushalte garantieren gute öffentliche Dienstleistungen.“ Der Bund solle sich stärker an der Finanzierung sozialer Leistungen beteiligen. Die Unterzeichnenden schlagen zudem eine höhere Besteuerung von Erbschaften und Spitzenverdiens-ten vor. Sie schließen sich mit ihrem Aufruf der ver.di-Kampagne „Gerecht geht anders“ an, die eine sozial gerechtere Steuer- und Ausgabenpolitik fordert. Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung werden als „Politik der sozialen Schieflage“ kritisiert. ■

#### Nordrhein-Westfalen

### DGB entwirft neues Personalvertretungsrecht

Der DGB hat einen Entwurf für ein neues Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) in Nordrhein-Westfalen (NRW) vorgelegt. Ziel ist, NRW wieder zum „Mitbestimmungsland Nr. 1“ zu machen. Der DGB schlägt Beteili-

gungstatbestände vor, die über die Bestimmungen des weitreichenden LPVG aus dem Jahr 1994 hinausgehen. Das betrifft zum Beispiel die Beteiligung in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Freistellungsregelungen für Personalräte sollen den Bestimmungen für Betriebsräte folgen. Der DGB überreichte den Entwurf Innenminister Ralf Jäger (SPD) nach einem Gespräch mit den Gewerkschaftsspitzen über die Novellierung des LPVG. Der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter zeigte sich zuversichtlich, dass „spätestens bis zum Sommer die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wiederhergestellt ist“. In einem offenen Brief an die Personalvertretungen kündigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Römer einen Referentenentwurf noch für diesen Monat an. Römer versprach eine Zusammenarbeit zwischen Personalrat und Dienststellenleitung „auf Augenhöhe“. Die neue rot-grüne Landesregierung will Einschränkungen der Vorgänger im LPVG zurücknehmen. ■

Rheinland-Pfalz

### **Tariftreugesetz mit Mindestlohn beschlossen**

Der DGB lobt das neue Tariftreugesetz für Rheinland-Pfalz als „das modernste in Deutschland“. Das Gesetz schaffe klare Regelungen gegen Lohndumping und für einen fairen Wettbewerb um öffentliche Aufträge, urteilte der Bezirksvorsitzende Dietmar Muscheid. Unternehmen, die für Land oder Kommunen arbeiten wollen, müssen sich an Tarifverträge halten oder einen Mindeststundenlohn von 8,50 Euro garantieren. Die Gesetzesnovelle war notwendig, da der Europäische Gerichtshof einige Regelungen im alten Gesetz für ungültig erklärt hatte. ■

Saarland

### **Mildere Kürzungen für junge Beamte**

Die saarländische Regierung will ihre Sparbeschlüsse zugunsten junger Beamtinnen und



Foto: DGB Saar/Thomas Schulz

Beamter ändern. Die für zwei Jahre geplanten Einschnitte bei der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst sollen geringer ausfallen. Das teilte der DGB nach einem Gespräch der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit der Landesregierung mit. Über das geforderte Gesamtkonzept für den öffentlichen Dienst bis 2019 will die Landesregierung reden, wenn die Haushaltsstrukturkommission die finanzielle Lage des Saarlands analysiert hat. Vor dem Gespräch demonstrierten 1.000 Beschäftigte vor der Staatskanzlei gegen die im öffentlichen Dienst vorgesehene Haushaltskürzung von 30 Millionen Euro. Heftige Schelte des GEW-Landesvorsitzenden Peter Balnis ertete Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne) wegen der geplanten Einschnitte bei der Besoldung. Von einem Minister, der jahrzehntelang GEW-Landesvorsitzender war, erwarte er dazu mehr „als ein zähneknirschendes Bedauern“. ■

Sachsen

### **Polizei soll mit weniger Stellen auskommen**

Enttäuschung und Unverständnis bei der GdP hat das Diskussionspapier der sächsischen Regierung über künftige Aufgaben der Polizei hervorgerufen. Der Stellenabbau werde ungebremst fortgesetzt, bedauert die Gewerkschaft. Ziel des Projekts „Polizei Sachsen 2020“ ist, die Zahl der Stellen in Führung, Stab und Verwaltung „um mindestens 30 Prozent“ zu senken. Von derzeit 13.911 Stellen sollen 2020 nur noch 11.280 übrig sein. Aus Sicht der GdP setzt sich damit die Politik „Sicherheit nach Kassenlage“ fort. Auch die Privatisierung von Werkstätten soll weitergehen,

obwohl das nach bisherigen Erfahrungen der GdP nicht zu einer Kostenersparnis geführt hat. Beschäftigte sind nun aufgefordert, ihre Meinung zu dem Papier zu äußern. Im nächsten Schritt des Projekts zur „Verbesserung der Effizienz und Qualität der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung“ werden Vorschläge zur künftigen Polizeistruktur erarbeitet. ■

Sachsen-Anhalt

### **GEW-Landeschef fordert Ausgleich für Ältere**

Eine Entlastung älterer Beschäftigter und altersgerechte Arbeitsbedingungen hat der wiedergewählte Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt angemahnt. Thomas Lippmann versprach auf der Landesdelegiertenkonferenz, die GEW werde sich für mehr Möglichkeiten einsetzen, um mit zunehmendem Alter die Arbeitszeit zu reduzieren. Beschäftigte sollen den Umfang ihrer Aufgaben je nach Leistungsfähigkeit begrenzen können. Für die finanziellen Verluste durch Teilzeitarbeit im Alter sollen sie einen Ausgleich vom Arbeitgeber erhalten. Entscheidend für die Entlastung der Älteren sei, dass genug junge Kräfte eingestellt werden, sagte Lippmann. Hier warf er der Landesregierung schwere Versäumnisse vor. Der Gewerkschaftsvorsitzende warnte davor, das nun den Beschäftigten anzulasten. Lippmann, seit 1998 Vorsitzender, wurde bei der Versammlung in Magdeburg mit 95,4 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. ■

Schleswig-Holstein

### **Demonstranten werfen Sparpakete vor die Tür**

In Kiel sind am 18. November 10.000 Menschen gegen den „unsozialen Kurs“ der Bundes- und der Landesregierung auf die Straße gegangen. Sie warfen Schleswig-Holsteins Regierung die Sparpakete vor die Tür. Das Landeshaus wurde mit Kartons versperrt, die den Aufdruck trugen: „Kürzungspaket – An-

# Aus den Ländern

nahme verweigert“. Zu den Aktionen „gegen die soziale Schieflage in Deutschland“ rufen die DGB-Gewerkschaften auf. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hob hervor, dass Zukunftsinvestitionen des Staates und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur „eine Generationenaufgabe sind“. Sie müssten so lange „auch mit Schulden finanziert werden wie der Staat unterfinanziert ist“. Sommer machte eine „unglaublich miese Steuermoral von Deutschlands Eliten“ mitverantwortlich für die finanzielle Krise des Staates. Steuerflucht und Begünstigung von Kapitaleinkünften hätten insbesondere die Kommu-

nen an den Rand des Ruins getrieben. Dafür geradestehen müssten nun die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch Lohnverzicht und unsichere Arbeitsplätze und Bürger/innen durch schlechtere öffentliche Infrastruktur. Sommer schlug „vernünftige Alternativen“ vor: Bekämpfung von Steuerflucht, Vermögensabgabe, höhere Erbschaftssteuer. ■

Thüringen

## GdP will Option für Kriminalpolizei

Die GdP Thüringen stellt klar, dass sie die Kriminalpolizei nicht auflösen will. Sie möchte

sich nur nicht auf die künftige Struktur festlegen. Der Gesetzentwurf zur Polizeistrukturereform schreibt vor, dass bei den Landespolizeiinspektionen sieben Kriminalpolizeiinspektionen gebildet werden. Die GdP hat in einer Stellungnahme vorgeschlagen, dies nur als eine Möglichkeit im Gesetz zu verankern.



Damit will sie die Option offen halten, die Struktur an die Bedürfnisse der Polizei anzupassen. ■

## Porträt



Im Porträt: Markus Hofmann, Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Deutschen Rentenversicherung Bund

## Die Kunst ist der Interessenausgleich

24.000 Beschäftigte arbeiten bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund, die sich selbst gern als „Unternehmen“ bezeichnet und rund 25 Millionen Versicherte, 8 Millionen Rentner und Rentnerinnen sowie 3 Millionen Arbeitgeber im Inland und Ausland betreut und 27 eigene Rehabilitationskliniken betreibt – Dimensionen, die im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik ihresgleichen suchen. Markus Hofmann ist seit 1. August 2010 Vorsitzender des Hauptpersonalrats dieser Mammutbehörde. Aber ob nun Großbehörde oder Großunternehmen, der Wechsel in die Personalvertretung war für Hofmann Herausforderung und Verantwortung zugleich: „Die Kunst ist es, einen akzeptablen Interessenausgleich herbeizuführen. Mir geht es darum, das für das Wohl der Dienststelle und für den Erhalt von Beschäftigungsverhältnissen Notwendige zu tun und die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzubringen.“

Der Verwaltungsoberratsrat Hoffmann ist Verwendungswechsel gewohnt. Nach dem Abitur ging er für vier Jahre als Zeitsoldat zur Bundeswehr. Im September 1994 kam er zur Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), heute DRV Bund. Hier absolvierte er das dreijährige Studium als Verwaltungsinspektoranwärter. Anschließend war er Berater und Medienbeauftragter in der Auskunfts- und Bera-



tingungsstelle Würzburg der BfA. Im April 2000 wurde Hofmann in den Hauptpersonalrat gewählt, war dort u. a. erster stellvertretender Vorsitzender. Zeitgleich war er als Hauptsachbearbeiter im Servicebereich Kommunikation, Innovation und Koordination der Abteilungsleitung Außendienst eingesetzt. 2004 übernahm Hofmann die Leitung des Verbindungsbüros, zunächst im Pressedezernat und seit Oktober 2005 beim Referat der Geschäftsführung der DRV Bund. Dort knüpfte er politische Kontakte und sorgte für den notwendigen Informationsfluss zwischen Rentenversicherung, Bundesministerien, Fraktionen des Deutschen Bundestages, Bundesrat, Verbänden und Gewerkschaften. Bei so viel Engagement fragt sich, ob da noch Zeit für die Familie bleibt. „Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, ist für Personalräte nicht einfach. Meine Frau ist Betriebsratsvorsitzende, daher wissen wir beide um die Unwägbarkeiten des Mandats. Aber meine kleine Tochter fordert immer wieder erfolgreich die ihr zustehende Aufmerksamkeit ein.“ ■



Altersvorsorge spezial – Teil III

## Richtig Riesterern

Immer mehr Menschen schließen zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung auch eine private Versicherung ab. In der Wirtschafts- und Finanzkrise vertrauen viele der staatlich geförderten Riester-Rente, denn sie bietet Sicherheit und überdurchschnittliche Erträge. Im ersten Quartal 2010 wurden laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales 377.000 neue Riester-Verträge abgeschlossen. Insgesamt ist die Zahl der Verträge auf 13,6 Millionen gestiegen. Wir haben häufig gestellte Fragen zur Riester-Rente aufgegriffen und beantwortet.

### Welchem Elternteil werden für eine Riester-Rente die Kinderzulagen zugeordnet?

Grundsätzlich werden die Kinderzulagen dem Riester-Vertrag der Mutter zugeordnet, unabhängig davon, ob die Mutter selbst förderberechtigt oder über ihren Ehemann zulagenberechtigt ist. Sinn dieser Regelung ist es, die eigenständige Altersvorsorge der Frau zu stärken. Sollen die Kinder dem Ehemann zugeordnet werden, kann dies schriftlich beantragt werden. Sofern beide Elternteile berufstätig und förderberechtigt sind, kann es aus steuerlichen Gründen günstiger sein, die Kinder dem Elternteil zuzuordnen, der ein geringeres Einkommen erzielt. Der Elternteil mit dem höheren Einkommen sollte dann den steuerlichen Sonderausgabenabzug geltend machen.

### Was geschieht mit einem Vertrag nach Ablauf der Kindererziehung?

Der Vertrag sollte beitragsfrei gestellt werden, wenn nach der Kindererziehung keiner rentenversicherungspflichtigen Tätigkeit mehr nachgegangen wird und die bzw. derjenige nicht mit einer förderberechtigten Person verheiratet ist.

Der Vertrag kann wieder aufleben, wenn eine rentenversicherungspflichtige Tätigkeit (auch z. B. private Pflegetätigkeit) aufgenommen wird. Besteht eine Ehe mit einer förderberechtigten Person, kann der Vertrag als sogenannter abgeleiteter Vertrag geführt werden.

### Was passiert im Todesfall?

Die geförderte Altersvorsorge ist grundsätzlich vererbbar. Stirbt der Anleger vor Rentenbezug wird das bisher angesammelte Kapital an den Bezugsberechtigten ausgezahlt. Ehepartner können das Guthaben des verstorbenen Ehepartners auf den eigenen Riester-Vertrag einzahlen. Andernfalls muss die staatliche Förderung zurückgezahlt werden, wenn die Auszahlung nicht in Form einer förderunschädlichen Hinterbliebenenrente erfolgt.

Verstirbt der Anleger während des Rentenbezugs, aber noch vor Ablauf einer vereinbarten Rentengarantiezeit, erhalten die Erben die noch



## SEMINAR-SERVICE „Beamtenversorgungsrecht“

### Von Praktikern für die Praxis: aktuell – kompetent – teilnehmerorientiert

Das Seminar wird vom INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte durchgeführt. Im Mittelpunkt steht das aktuelle Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder. Die Teilnahme eignet sich insbesondere für Mitglieder von Personalvertretungen und Sachbearbeiter in Behörden oder sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes.

**Referent** Dipl. Verw. Uwe Tillmann, Geschäftsführer des Deutschen Beamtenwirtschaftsring e. V. und Autor mehrerer Fach-Veröffentlichungen zum Thema Beamtenversorgung und Mitautor etlicher Ratgeber für den öffentlichen Dienst. Das Seminar wird praxisnah durchgeführt und orientiert sich auch an Fragen der Teilnehmer/innen. Mehr Informationen und Anmeldung unter [www.die-oeffentliche-verwaltung.de](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de)

### Anmeldung per Fax 0211 72134573

Teilnehmergebühr **295 Euro** (zzgl. der gesetzlichen MwSt.).

Ja, ich melde mich verbindlich für das Seminar an:

- 22.03.2011 München\*
- 07.04.2011 Frankfurt a. M.\*
- 17.05.2011 Hamburg\*

\* Die Seminare beginnen um 9.30 Uhr (Ende ist ca. 17.00 Uhr) und finden in ausgesuchten Hotels mit günstiger Verkehrsanbindung statt (Nähe HBF). Tagungsverpflegung ist im Preis enthalten (Kaffee am Vormittag, Lunch und Nachmittagskaffee mit Kuchen/Gebäck).

## INFO-SERVICE

Öffentlicher Dienst/Beamte  
[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

Einrichtung/Organisation

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Unterschrift



Foto: digitalstock.de/F. Bartels

→ ausstehenden garantierten Rentenleistungen ebenfalls als Rente. Die staatliche Förderung ist in diesem Fall anteilig zurückzuzahlen.

### Gibt es spezielle Angebote für Gewerkschaftsmitglieder?

Wer die Wahl hat, hat die Qual. Auf dem Markt gibt es zahllose Altersvorsorgeprodukte in verschiedenen Sparvarianten. Sie unterscheiden sich teilweise erheblich. Der DGB hat für Gewerkschaftsmitglieder das Altersvorsorgepaket Das RentenPlus mit zusätzlichen Vorteilen zusammengestellt. Das besondere Plus für Gewerkschaftsmitglieder beinhaltet:

- eine extra hohe Rente durch 40-prozentigen Gewerkschaftsvorteil
- vom DGB ausgewählte und geprüfte Partner, die für Sicherheit der Kapitalanlage stehen
- ethische, soziale und ökologische Belange bei der Anlage des Geldes sind vertraglich festgelegt
- Flexibilität durch die Anpassung des Vertrages und der Beiträge je nach persönlicher Situation, z. B. bei Ausbildungsabschluss, bei Gehalts- oder Arbeitszeitänderung, bei Heirat, Nachwuchs oder Wechsel des Produktes. ■

Das RentenPlus gibt es in den zwei Vorsorgevarianten Rentenversicherung und Fondsprodukt.

1. Die Rentenversicherung ist die solideste Form der Finanzierung der privaten Altersvorsorge. Das Kapital wird in eine sicherheitsorientierte Anlage mit einer Garantieverzinsung von 2,25 Prozent investiert.
2. Das Fondsprodukt bietet eine hervorragende Zukunftsvorsorge mit starken Referenzen: Die UniProfiRente wird von Finanztest empfohlen: „Geht es Ihnen vor allem um die hohen Renditechancen, empfehlen wir die UniProfiRente.“ (Finanztest 11/2009)



Mehr Informationen zur Riester-Rente und Das RentenPlus im Internet unter [www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



## Kleinanzeigenmarkt

### Altersvorsorge – Riester für Beamte

Sondertarife für Gewerkschaftsmitglieder: Sichern Sie sich jetzt die Riesterförderung für Beamte und Ehegatten unter [www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)

### Bank für den öffentlichen Dienst

BBBank – Jetzt zur Hausbank für Beamte und den öffentlichen Dienst wechseln. Mehr Informationen unter [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)

### Ausbildung im öffentlichen Dienst

Starten Sie Ihre Karriere im öffentlichen Dienst als Auszubildender oder Beamtenanwärter unter [www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de)

### Darlehen und Kredite

Anschaffungen oder Umschuldungen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst unter [www.beamtenkredite-online.de](http://www.beamtenkredite-online.de)

### Beamtenversorgungsrecht

Praxis-Seminare zur Beamtenversorgung  
Anmeldungen unter [www.die-oeffentliche-verwaltung.de](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de)

### OnlineService für den öffentlicher Dienst

OnlineService: Für nur 10 Euro können Sie mehr als 800 PDF zu den wichtigsten Themen im öffentlichen Dienst herunterladen, lesen und ausdrucken. Anmelden unter [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

### Gastgeber

Mehr als 5.000 Gastgeber unter [www.urlaubsverzeichnis-online.de](http://www.urlaubsverzeichnis-online.de)

### Stellentausch – biete A 9 gD

Land Bayern – suche Berlin  
Bundesverwaltung, [beamtin@web.de](mailto:beamtin@web.de)



**Das RentenPlus** 

### Wie hoch sind die staatlichen Zulagen für eine Riester-Rente?

Die Riester-Rente wird mit staatlichen Zulagen gefördert. Die Grundzulage beträgt 154 Euro im Jahr. Für jedes kindergeldberechtigte Kind gibt es eine Zulage von 300 Euro zusätzlich (185 Euro für Kinder, die vor dem 1.1.2008 geboren wurden).

Um die volle staatliche Förderung für eine Riester-Rente zu erhalten, muss ein Mindestbeitrag aufgebracht werden. Eigenbeitrag und Förderung müssen zusammen mindestens 4 Prozent des Vorjahreseinkommens betragen.

Mehr Informationen unter [www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)

Die Riester-Rente für Gewerkschaftsmitglieder zum günstigen Sondertarif.

# Interview



**Bernhard Witthaut ist neuer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). 96 Prozent der Delegierten des 24. Ordentlichen Bundeskongresses stimmten für den 55-jährigen Polizeihauptkommissar aus Niedersachsen. Das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ sprach mit dem neuen GdP-Chef über Herausforderungen und Schwerpunkte der Arbeit in den kommenden Jahren.**

**Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind derzeit nicht zu beneiden. Seid ihr mit dem sicherheitspolitischen Krisenmanagement zufrieden?**

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière hat uns auf unserem Bundeskongress gelobt für unseren sachlichen Umgang mit der derzeitigen Lage, dass wir einen kühlen Kopf bewahren und nicht noch



Das gilt unter Fürsorgegesichtspunkten auch für die Menschen in der Polizei. Da gibt es für uns als Interessenvertretung für die Polizei viel zu tun. Überhaupt spielt die soziale Situation unserer Polizeibeschäftigten naturgemäß eine große Rolle: Gestiegene Anforderungen und Belastungen bei den Beschäftigten in der Polizei – aber immer weniger und immer ältere Kolleginnen und Kollegen sind ein Dauerbrenner. Die Polizei sieht sich in den letzten Jahren einer wachsenden Fülle

„Sicherheit ist Mehrwert“, so lautete unser Motto. Dazu haben wir den Anspruch der Gesellschaft und jedes Einzelnen an den Staat formuliert: Sicherheit ist ein Grundbedürfnis des Menschen, das der Rechtsstaat im Sinne der Daseinsvorsorge erfüllen muss.

und Vielfalt von Aufgaben und neuen Kriminalitätsformen, aber auch Angriffen von neuer Qualität und Dimension gegenüber. Tarifpolitisch werden wir uns neben den bekannten

Themen dem demografischen Wandel, alters- und altersgerechter Arbeit, Differenzierungsklauseln und vielem mehr zuwenden.

**„Frustriert, treu und brav – Deutschlands Polizisten trauen sich nicht, für ihre Rechte und Interessen zu kämpfen“ titelte unlängst die Süddeutsche Zeitung. Ist da was dran?**

Das war allenfalls eine Momentaufnahme und spiegelt die tatsächliche Stimmungslage unter den Kolleginnen und Kollegen nicht wider.

**Welche Schwerpunkte wirst Du in den nächsten Jahren setzen?**

Wir werden uns vorrangig um die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen kümmern. Uns zu sicherheitsrelevanten Themen genauso äußern wie zu allgemein politischen, sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen. Die Arbeit wird uns in den nächsten Jahren nicht ausgehen; bestimmt von Sicherheitslage und Politik wird sie auch von außen an uns herangetragen werden. ■

## Zur Person

- 1955 in Hagen (a. T. W.) geboren
- seit 1985 verschiedene gewerkschaftliche Funktionen auf allen Ebenen, u. a. Landesbezirks- und stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP
- seit 22. November 2010 Bundesvorsitzender der GdP

**224 Anträge sind auf dem GdP-Bundeskongress beraten worden. Was brennt den Polizeibeschäftigten in der GdP unter den Nägeln?**

mehr Öl ins Feuer gießen. Dazu stehen wir. Wir werden nicht dazu beitragen, Horrorszenarien heraufzubeschwören. Deshalb haben wir vor Panikmache gewarnt. Wir haben dem Ansinnen, die Bundeswehr zur Unterstützung der Polizei einzusetzen, eine klare Absage erteilt. Wir wollen keine Vermischung der bewährten und klar getrennten Zuständigkeiten von Polizei und Bundeswehr. Das ist nicht die richtige Antwort auf den eklatanten Personalabbau bei der Polizei in den letzten zehn Jahren. Auf die Worte des Bundesinnenministers, der aufgrund unserer besonderen Verantwortung eine abwägende Wortwahl von uns in der Öffentlichkeit anmahnte, antworte ich allerdings: „Wir sagen, was wir für richtig halten.“

Konkreten Nachholbedarf sehe ich bei der polizeilichen Abwehr bei Terrorlagen. Was seit Jahren für Amoklagen erfolgreich eingesetzt wird, muss auch für den spezifischen Fall von Terroranschlägen gelten und intensiver geübt werden.

Skeptisch sehe ich die in die Öffentlichkeit getragenen Vorschläge, beispielsweise eine Bundeskriminalpolizei einzurichten. Wir benötigen keine Mammutbehörden, sondern effiziente Strukturen. Sinnvoller ist es, Ergebnisse einer notwendigen Überprüfung von Abläufen und Organisationsformen erst abzuwarten als schon vorher eine Diskussion zu starten, die wenig sachdienlich ist.



# Aus den Gewerkschaften



## Die GdP mit neuem Vorstand

Bernhard Witthaut ist neuer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der 55jährige Polizeihauptkommissar war bislang Stellvertreter von Konrad Freiberg, der aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Auf dem 24. Bundeskongress der GdP in Berlin bekam das neunköpfige Vorstandsgremium insgesamt einen soliden Vertrauensvorschuss von den 254 wahlberechtigten Delegierten.

Nach seiner Wahl zum GdP-Vorsitzenden erteilte Witthaut dem Vorschlag des Bundes deutscher Kriminalbeamter, angesichts des Personal mangels bei der Polizei und der aktuellen Bedrohungslage die Bundeswehr im Innern einzusetzen, eine klare Absage: „Wir brauchen keine Feldjäger, die die Aufgaben der Polizei übernehmen. Dazu sind sie nicht ausgebildet ... Das ist nicht die richtige Antwort auf den eklatanten Personalabbau bei der Polizei in den letzten zehn Jahren.“ Auf Skepsis stieß auch der öffentlich diskutierte Vorschlag, eine Bundeskriminalpolizei einzurichten. Es sei sinnvoller, Ergebnisse einer notwen-

digen Überprüfung von Abläufen und Organisationsformen abzuwarten. Witthaut: „Wir brauchen keine Mammutbehörde, sondern effiziente Strukturen.“

In seinem Grußwort auf dem Bundeskongress würdigte Bundespräsident Christian Wulff die von vielfältigen Aufgaben geprägte Arbeit der Polizistinnen und Polizisten: „Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit – das alles hat die Polizei verdient“, sagte er. Vor allem bei der Gefahrenabwehr dürfte die Polizei nicht allein gelassen werden. Das Kongress-Motto „Sicherheit ist Mehrwert“ solle laut Wulff ein Signal sein, dass Prävention viel koste, später aber eben auch Zinsen bringe. Dem GdP-Bundesvorstand gehören als Stellvertreter erneut Kerstin Philipp (47, Berliner Polizeiangehörige) und Hugo Müller (51, saarländischer Polizeidirektor) an. Polizeihauptkommissar Frank Richter (51) aus NRW sowie der Polizeihauptkommissar bei der Bundespolizei Jörg Radek (50) kommen neu als Stellvertreter hinzu. ■

## Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –  
**NÜRNBERGER**  
Beamtendarlehen.

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNGSGRUPPE  
seit 1884

Finanzdienstleister für den Öffentlichen Dienst

**NÜRNBERGER** Beamten Lebensversicherung AG  
Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg  
Telefon 0911 531-4871, Fax -814871  
MBoeD@nuernberger.de, www.nuernberger.de



# Vermischtes

## Personalia

### In NRW führt eine Frau die GEW

Erstmals seit 30 Jahren steht wieder eine Frau an der Spitze der Bildungsgewerkschaft GEW in Nordrhein-Westfalen. Mit 96 Prozent wurde Dorothea Schäfer zur Landesvorsitzenden gewählt. Die 56-jährige Gesamtschullehrerin war lange Zeit Vorsitzende des Hauptpersonalrats Gesamtschulen beim Schulministerium. Sie tritt die Nachfolge von Andreas Meyer-Lauber an, der neuer DGB-Bezirksvorsitzender ist. Für Dorothea Schäfer sind der Einsatz für einen Stufenplan für kleinere Klassen, eine tarifliche Entgeltordnung und gewerkschaftliches Engagement für bessere Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen, in Kindertagesstätten und bei der Weiterbildung vorrangige Aufgaben. ■

## Urteil

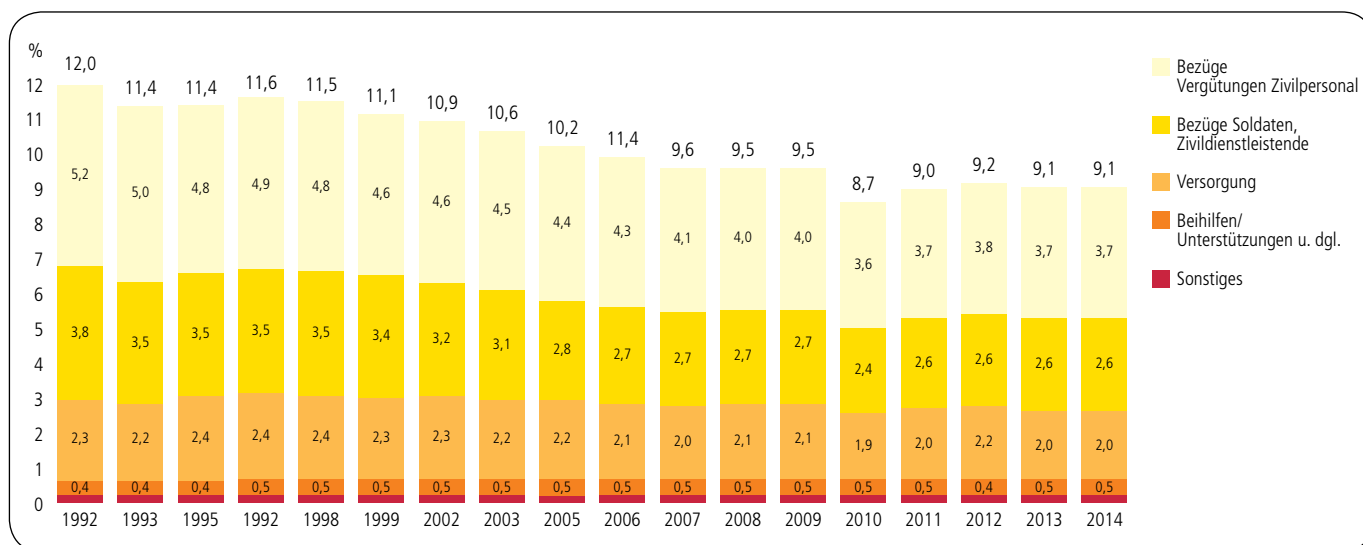
### Beihilfeausschluss ist rechtswidrig

Beamtinnen und Versorgungsempfänger, die keine zusätzliche Krankenversicherung abgeschlossen haben, dürfen nicht von der Beihilfe ausgeschlossen werden. Dies sei rechtswidrig, entschied jetzt der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg und bestätigte damit ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart, das einer 59-jährigen Klägerin bereits in einem Musterverfahren Recht gegeben hatte. Von ihrem früheren Arbeitgeber erhält die Klägerin grundsätzlich Beihilfe in Höhe von 70 Prozent. Für die restlichen 30 Prozent wäre sie seit der 2009 eingeführten allgemeinen Krankenversicherungspflicht verpflichtet, eine private Krankenversicherung abzuschließen. Die dienstunfähige Ruheständlerin empfand eine

zusätzliche Krankenversicherung aber als unzumutbar. Mit ihren Versorgungsansprüchen von rund 1.550 Euro ernähre sie Mann und Tochter. Fast 456 Euro monatlich könne sie nicht zusätzlich aufbringen. Das Landesamt für Besoldung und Versorgung hingegen war der Meinung, dass Beihilfevorschriften kein gesetzwidriges Verhalten tolerieren oder unterstützen dürften. Nach Auffassung des Gerichts verstoße der Ausschluss von Beihilfeansprüchen bei Nichtabschluss einer ergänzenden Krankenversicherung gegen den parlamentarischen Gesetzesvorbehalt. Zum einen habe der Gesetzgeber wesentliche Weichenstellungen für das Beihilfeniveau selbst zu verantworten, zudem fehle dem Landesgesetzgeber die Gesetzgebungskompetenz, um bei Nichterfüllung der Versicherungspflicht Sanktionen verhängen zu können. (Az.: 10 S 2821/09) ■

## Zahlen, Daten, Fakten

### Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt



Die Personalausgaben des Bundes setzen sich maßgeblich aus den Bezüge- und Entgeltzahlungen an die aktiven Beschäftigten (Zivil- und Militärpersonal) und den Versorgungsleistungen an die Pensionäre zusammen. 2011 werden die Ausgaben für Personal und den laufenden Sachaufwand insgesamt 50,2 Mrd. Euro betragen. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben ist von 16,4 Prozent 1970 auf 8,7 Prozent 2010 gesunken und wird auch in den nächsten Jahren nur knapp über 9 Prozent betragen. Die Senkung des Personalkostenanteils ist durch Steleneinsparungen, verlängerte Wochenarbeitszeiten und die Kürzungen des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte finanziert worden. ■

Quelle: Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014, BT-Drucksache 17/2501, S. 50.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Jeder von uns kann  
plötzlich zum Pflegefall  
werden. Auch Sie.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst.

**DBV**



### Informieren Sie sich rechtzeitig über eine private Pflegeabsicherung!

Bleiben Sie im Fall einer Pflegebedürftigkeit – z. B. durch einen Unfall oder eine schwere Krankheit – finanziell unabhängig! Die Leistungen der Pflegepflichtversicherung reichen dazu nicht aus und machen laut Experten eine zusätzliche private Absicherung unverzichtbar – unabhängig vom Alter. Die DBV bietet Ihnen dafür neue innovative Lösungen.

### Sichern Sie sich viele Vorteile, wie z. B.:

- ✓ Absicherung schon mit niedrigen Beiträgen
- ✓ Soforthilfe innerhalb von 24 Stunden
- ✓ Schutz für Sie, Ihre Kinder und Ihre Eltern

Jetzt gebührenfrei anrufen:

**0800 – 355 70 16**



# Krankenversicherung

## Beamte versichern sich privat

**Günstige Tarife – auch  
für Beamtenanwärter –  
bereits ab 24 € im Monat.**

Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen.

### **Das beste Rezept:**

- besonders günstige Beiträge (z. B. nur 149,27 € im Monat\*)
- attraktive Beitragsrückerstattungen

\* für einen 30-Jährigen bei 50 % Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

**Weitere Informationen dazu finden Sie im Internet unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de)**

Kooperationspartner des

**DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS 2010**



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig